



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Kritik des Ministerpräsidenten an den vom Bundeskabinett verabschiedeten Plänen zur Rentenangleichung Ost-West und unterstützt dessen Position, die Rentenanpassung nicht bis zum Jahr 2025 zu strecken.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die vollständige Angleichung des Rentenwertes in Ostdeutschland an das Westniveau bis zum 1. Januar 2018 vorzunehmen ist. Die Umrechnung der ostdeutschen Löhne soll solange bestehen bleiben, bis das Lohnniveau im Osten mindestens 96 bis 97 Prozent des Westniveaus beträgt.
3. Daneben wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass der Schutz bei der Erwerbsminderung deutlich verbessert wird, indem die Zurechnungszeit für Bestandsrentnerinnen und -rentner sowie der Zugang umgehend vom 62. auf das 65. Lebensjahr verlängert wird. In diesem Zusammenhang sind die unsystematischen Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sofort abzuschaffen.

Begründung

Der von Frau Ministerin Nahles vorgestellte 7-Stufen-Plan zur Angleichung der Renten dauert entschieden zu lange. Die Angleichung muss zügiger erfolgen. Zugleich soll die Umrechnung niedrigerer ostdeutscher Löhne und Gehälter solange beibehalten werden, bis die Löhne im Osten das Westniveau erreicht haben werden. Die Streichung der Umrechnung wäre sonst ein herber Schlag für alle heutigen und zukünftigen Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Sie würden bei ihrem künftigen Renteneintritt dramatisch niedrigere Renten erhalten. Dazu darf es nicht kommen.

(Ausgegeben am 22.02.2017)

Menschen in Erwerbsminderungsrente brauchen jetzt deutliche Leistungsverbesserungen und nicht erst in acht Jahren. Die durchschnittliche (volle) Erwerbsminderungsrente liegt aktuell bei 711 Euro und damit deutlich unterhalb des Grundsicherungsbedarfs bei Erwerbsminderung von 766 Euro. Darum müssen die unsystematischen Abschläge abgeschafft werden und die Zurechnungszeit auf 65 Jahre angehoben werden. Dann betrüge die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente rund 836 Euro.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender